

**NACHRICHTEN**

**Richtigstellung**

Zum Artikel «Balzers AG: Kein Vertrauen in die LKK» im Liechtensteiner Volksblatt vom 29. März 2000

Ihr Redaktor Peter Kindle hat unseren zuständigen Mitarbeiter, Walter Sulser, um eine telefonische Stellungnahme zum Wechsel der Krankenkasse gebeten. Auf mehrfaches Drängen wurde ihm ein Vorabdruck des rubrizierten Artikels zur Einsichtnahme zugestellt. Die verlangten Änderungen jedoch sind nicht berücksichtigt worden. So ist insbesondere die Feststellung, unsere Firma habe kein Vertrauen in die LKK, falsch. Wir bedauern ausserordentlich, dass die LKK durch unseriösen Journalismus auf üble Art und Weise in ihrem Ruf geschädigt wird.

Unsere Firma ist nicht bereit, zu einer – offensichtlich parteipolitisch motivierten – Hetze Hand zu bieten und distanziert sich in aller Form von diesem Artikel.

Balzers Aktiengesellschaft  
Geschäftsleitung, Andreas Vogt

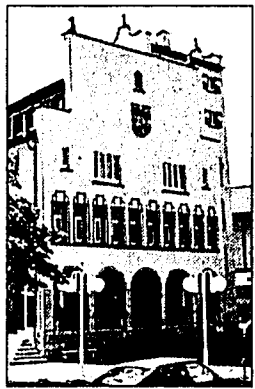
**Anmerkung:**

Um den vorliegenden Sachverhalt für unsere geschätzten Leser verständnisbringend beleuchten zu können, erlaube ich mir folgende Anmerkungen:

1. Herr Walter Sulser, zuständiger Mitarbeiter der Balzers AG für Krankenkassenfragen, hat mir gegenüber die Aussage mehrfach vertreten, dass zur Liechtensteinischen Krankenkasse (LKK) kein Vertrauen bestehe. Warum die Exponenten der Balzers AG sich nun von diesen Aussagen zu distanzieren versuchen, ist mir unverständlich.

2. Die Geschäftsleitung der Balzers AG bezieht mich des unseriösen Journalismus. Im Sinne eines Kompromisses habe ich Herrn Sulser den betreffenden Artikel per Fax zugestellt. Dies geschah allerdings unter der klaren Auflage, weder sinnentstellende, noch inhaltliche Änderungen daran vorzunehmen. In der Folge versuchte die Balzers AG, wie Sie auch der obigen «Richtigstellung» entnehmen können, von mir zu verlangen, Aussagen aus meinem Artikel herauszutreiben, welche einerseits explizit gemacht wurden, andererseits aber der Öffentlichkeit vorenthalten werden sollten, weil sich die Balzers AG dies nicht leisten könne. Unseriöser Journalismus wäre, durch verlangte Streichungen und Weglassungen von mehrfach getätigten Aussagen, sich einer Zensur zu unterwerfen. Das Volksblatt legt Wert darauf, den Leserinnen und Lesern eine objektiv recherchierte Berichterstattung zukommen zu lassen, welche nicht den Filter einer Zensur durchläuft. Peter Kindle

**Die Finanzkompetenz des Bürgermeisters**



VADUZ: Auf Ersuchen der FBPL-Fraktion erhält der Vaduzer Gemeinderat als «Führungs- und Vollzugsorgan» der Gemeinde jetzt einen vertieften Einblick in die von Bürgermeister Karlheinz Ospelt direkt vorgenommenen finanziellen Ausgaben. In der Gemeindeordnung aus dem Jahre 1997 heisst es zur Finanzkompetenz des Bürgermeisters: «Der Bürgermeister ist berechtigt, Ausgaben für den Gemeindehaushalt im Einzelfall bis 30 000 Franken vorzunehmen.» Beträge über diesem Wert werden dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt. Den Angaben der FBPL-Fraktion zufolge ist davon auszugehen, dass es sich bei den vom Bürgermeister direkt bewilligten Beträgen um mehrere Hunderttausend Franken handelt. Bei der Vergabe würden verschiedene Kriterien berücksichtigt (z. B. Vaduzer Unternehmer, mehrfache Berücksichtigungen, Grösse des Betriebes usw.). Um mehr Transparenz zu erhalten, stellten die FBPL-Gemeinderäte an einer der letzten Sitzungen nun folgenden Antrag: Der Gemeinderat beauftragt die Gemeindekasse, eine monatliche Liste über die Ausgaben für den Gemeindehaushalt für Beträge von 10 000 bis 30 000 Franken zu erstellen und diese den Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Folgende Daten sollten dabei ersichtlich sein: Datum, Unternehmer/Geschäft, ev. Projekt und Betrag. Der Antrag wurde einstimmig gutgeheissen. Ausserdem verständigte man sich darauf, dass die jeweiligen Aufstellungen nicht an die Gemeinderäte versandt werden, sondern beim Bürgermeister zur Einsicht aufliegen.

# Schulzentrum Mühleholz II: Pädagogisch gute Lösung?

Generalversammlung Elternvereinigung Schaan: Informationen zum Standort Realschule Schaan

**Wo gehen die Schaaner Realschüler in Zukunft zur Schule? Diese Frage stand an der gestrigen Generalversammlung der Elternvereinigung Schaan im Zentrum. Ist es aus pädagogischen Gesichtspunkten haltbar, einen Schulkomplex zu planen, in welchem an die 1000 Schüler täglich den Unterricht besuchen? Befürworter und Gegner kamen zu Wort, Argumente wurden ausgetauscht.**

Peter Kindle

Im Jahr 2008 wird der Pachtvertrag des Landes mit der Realschule St. Elisabeth in Schaan auslaufen. Spätestens zu diesem Zeitpunkt muss definitiv eine Lösung gefunden sein, wo die Schaaner Realschüler unterrichtet werden. Gestern Abend informierte die Elternvereinigung Schaan zu diesem brennenden Thema, denn bereits im April soll der Landtag über die erste Ausbautappe des Schulzentrums Mühleholz entscheiden. Während Regierung und Schulamit die Lösung eines Schulkomplexes im Mühleholz befürworten, möchten die Gemeinde Schaan sowie die Lehrerschaften aus Schaan und Vaduz ein eigenes, kleines und überschaubares Schulhaus bauen.

«Wir plädieren weiter für eine eigenständige Schaaner Realschule», betonte Gemeinderätin und Schulratspräsidentin Doris Frommelt. In grossen Schulkomplexen, wie sie auch von Seiten der Regierung und des Schulamtes befürwortet werden, ergeben sich pädagogische Schwierigkeiten. Gewaltpotenzial, Bereitschaft zu Aggressionen, Bildung von



Information pur am Informationsabend der Elternvereinigung Schaan: Im Bild die neue Kerngruppe der aktiven Schaaner Elternvereinigung. (Bild: I. Delacher)

Randgruppen und eine drastische Verschlechterung der Identifikation seien nur wenige Punkte, welche gegen einen Schulkomplex mit 1000 Schülern sprechen würden, erklärte Doris Frommelt.

Unterstützt in ihren Ausführungen wurde Doris Frommelt von Eugen Marxer, Schulleiter der Realschule St. Elisabeth. Eugen Marxer bekundete grosse Mühe mit dem Umstand, dass eine Zusammenlegung der Realschulen von Schaan, Vaduz und Planken von Seiten der Behörden angestrebt werden. «Nach pädagogischen Grundsätzen ist dies kontraproduktiv», hielt der Schulleiter der Realschule St. Elisabeth fest.

«Es ist falsch, überstürzte Entscheidungen zu treffen. Vielmehr müssen diese Entscheidungen nach pädagogischen Grundsätzen erfolgen».

Fritz Wohlwend, Vertreter des Schulamtes, zeigte den interessierten Schaaner Eltern die heutige Situation an den weiterführenden Schulen auf. «Eine Schule mit 160 bis 180 Schülern ist eine kleine, gute Schule», hielt er fest. Die Regierung habe einen Grundsatz festgelegt, dass die obere Grenze der Schülerzahl 400 – 450 nicht überschreiten dürfe. Dennoch zeigte Fritz Wohlwend die Vorteile eines Schulkomplexes auf, wie er im Falle von «Mühleholz II» geplant ist. Mit dem architektonischen

Mittel der Entflechtung würden trotz unmittelbarer Nähe klare Grenze zwischen den zwei Schulen geschaffen. Zudem biete sich im Bereich der Turnhallen, der Mensa und der Bibliothek Synergienmöglichkeiten. Des Weiteren führte Fritz Wohlwend aus, dass Schaan gemäss Aussagen des Landestiefbauamtes über keinen Gemeindeboden verfüge, welcher den Bau einer eigenständigen Realschule ermögliche. Dieses Argument konnte Gemeinderätin Doris Frommelt entkräften, denn mit dem «Kaiserböhel» sei ein gemeindeeigenes Grundstück vorhanden, welches der Grösse entsprechen würde.

## Zügige Realisierung des Werkhof-Neubaus

Gemeinderat von Vaduz legte weiteres Vorgehen für Bauprojekt fest

Die Realisierung des Werkhof-Neubaus in Vaduz soll zügig vorangeht werden. Nach einem Grundsatzentscheid über den neuen Standort hat der Gemeinderat daher in seiner letzten Sitzung nun das weitere Vorgehen festgelegt. Ende Mai sollen bereits die Architektur-Studienaufträge vergeben werden.

Der neue Gemeindewerkhof von Vaduz wird auf dem Areal der nicht mehr benötigten Kläranlage an der Schaanerstrasse errichtet werden. Ein diesbezüglicher Antrag der FBPL-Gemeinderatsfraktion ist am 29. Februar mehrheitlich befürwortet worden (es stand im Volksblatt).

**Weiteres Vorgehen**

Nach Auffassung der FBPL-Gemeinderäte darf die Realisierung des Werkhof-Neubaus nun nicht mehr länger hinausgezögert werden. In der Sitzung vom vergangenen Dienstagabend brachten sie deshalb diverse Anträge zum weiteren Vorgehen bzw. zur Terminplanung vor, die einstimmig genehmigt wurden. Danach bestellt der Gemeinderat jetzt eine Arbeitsgruppe, welche die Integration der Bauverwaltung in den Werkhof-Neubau auf dem ARA-Gelände im Detail untersuchen und das vorhandene Raumprogramm allenfalls ergänzen soll. Der entsprechende Bericht ist dem Gemeinderat bis zum 16. Mai 2000 zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Arbeitsgruppe gehören je ein Vertreter der FBPL, FL und VU, die Abteilungsleiter Hoch- und Tiefbau, der Liegenschaftsverwalter, der Sachbearbei-

ter Werkhof in der Gemeindebauverwaltung, der Leiter des Werkbetriebes, der Wassermeister sowie – von Amtes wegen – der Bürgermeister an.

**Drei Studienaufträge**

Aufgrund der Ergebnisse dieser Untersuchungen ist das Gesamtkonzept des Werkhof-Neubaus zu überprüfen und gegebenenfalls zu überarbeiten. Auf dieser Basis sind dann dem Gemeinderat für die Sitzung vom 30. Mai 2000 die Unterlagen und das Raumprogramm für die Vergabe von Architektur-Studienaufträgen an drei ortsansässige Architekturbüros zur Beschlussfassung vorzulegen. In einem weiteren Schritt soll schliesslich dieselbe Ar-

beitsgruppe den Gemeinderatsbeschluss vom 29. Februar betreffend die Entwicklung von Konzepten für die weitere Nutzung des frei werdenden Areals am Weiherweg umsetzen und dem Gemeinderat bis Herbst 2000 ebenfalls unterbreiten.

**Synergien nutzen**

Ein kompletter Neubau – und damit verbunden eine Verbesserung der innerbetrieblichen Arbeitsabläufe – war auch für die FBPL-Fraktionsmitglieder stets unbestritten und wurde als dringend erachtet. Durch eine Zusammenlegung aller gemeindeeigenen Werke könnten Synergien genutzt und heute vorhandene Doppelspurigkeiten verhindert werden.

Nach ihrer Auffassung wäre es allerdings für einen grossen Teil der Bevölkerung nicht nachvollziehbar, hiess es damals, weshalb der neue Werkhof unbedingt am jetzigen Standort und damit so zentrumsnah und direkt an einer Wohnzone (W3) erstellt werden solle. Beim bestehenden Areal handle es sich um schönste, unverbaubare Wohnlage, die zudem an das Naherholungsgebiet Haberfeld und an einen Kindergarten angrenze. Aus diesen und verschiedenen anderen Gründen hatte die FBPL-Gemeinderatsfraktion daher auch erfolgreich eine Verlegung des Standorts auf das Gelände der nicht mehr notwendigen Kläranlage an der Schaanerstrasse beantragt. (mö)



Der jetzige Vaduzer Werkhof (Bild) in Zentrumsnähe soll durch einen Neubau auf dem Areal der nicht mehr benötigten Kläranlage an der Schaanerstrasse ersetzt werden. (Bild: bak)